



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



10. Juni 2016

Inhalt

- 1. Aktuelle Stunde zu Unwettern**
- 2. Berufsbildungsbericht 2016**
- 3. SPD-Konvent: Kleiner Parteitag – große Wirkung**
- 4. Bundespräsident Joachim Gauck: Verzicht auf zweite Amtszeit**
- 5. Bedrohung von Abgeordneten**



Aktuelle Stunde zu Unwettern

Nach den heftigen Gewittern und Überschwemmungen wurde auf Antrag von Union, SPD und Grünen eine Aktuelle Stunde zum Thema "Unwetter in Deutschland" angesetzt. Es ging vor allem darum, wie den Flutopfern geholfen werden kann.

Die Sonderdebatte begann mit einem Redebeitrag von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Sie erinnerte an die Opfer der Unwetter und bedankt sich bei den zahlreichen Helfern. Dafür gab es Applaus aus dem Plenum.

Angesichts dieser Vorfälle, so Hendricks weiter, müsse es analog zum Hochwassermanagement an großen Flüssen künftig ein aktives Starkregenmanagement geben. Zudem müsse nach Möglichkeiten gesucht werden, solche Ereignisse besser vorherzusagen.

Hendricks kündigte an, die betroffenen Gemeinden im Rahmen der Städtebauförderung zu unterstützen, um solche Ereignisse künftig zu verhindern oder ihre Folgen einzuschränken. Diese Katastrophen zeigten, dass die Gefahr von Überflutungen nun auch Orte jenseits der großen Flüsse treffe. Die Umweltministerin sah in den Unwetterereignissen

Auswirkungen des Klimawandels. Es sei daher nötig, dass die Anpassung an den Klimawandel einen höheren Stellenwert bekommt.

Der parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Florian Pronold, verwies darauf, dass der Bund sich nicht nur über die Städtebauförderung an der Hilfe beteiligen werde. Mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sei er sich einig, dass Hilfen des Bundes dann angezeigt wären, wenn die Länder das nicht alleine stemmen könnten.

Fraktionsübergreifend traf die Idee überwiegend auf Zustimmung, die Elementarschadensversicherung künftig als Pflichtversicherung auszugestalten.

Berufsbildungsbericht 2016



Mit 41.000 unbesetzten Ausbildungsstellen gab es im vergangenen Jahr eine Rekordzahl an offenen Stellen. Gleichzeitig blieben 20.700 Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsplatz. Diese Diskrepanz zeigt, wie wichtig ausbildungsbegleitende Programme wie das vom Bundesarbeitsministerium geförderte Programm „Assistierte Ausbildung“ sind, um beispielsweise auch leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern den Weg in eine Ausbildung aufzuzeigen.

Trotz der zahlreichen unbesetzten Stellen haben junge Menschen in Deutschland aktuell gute Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Rein rechnerisch kamen im Jahr 2015 auf 100 ausbildungsplatzsuchende Jugendliche 103,7 Angebote für eine Ausbildung. Dennoch muss ein Ausbildungsplatz auch den persönlichen Interessen, Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Zu diesem Ergebnis kommt auch der [Berufsbildungsbericht 2016](#), den wir in dieser Woche im Plenum debattierten.

Der Bericht macht einmal mehr deutlich, wie wichtig eine gezielte Ansprache der Jugendlichen ist. Viele bekommen erst durch Beratungsangebote einen Einblick in die breite Palette an Möglichkeiten, die der duale Ausbildungsmarkt in Deutschland bietet. Wir werden diesen Weg weiter beschreiten, um die Ausbildungssituation noch weiter zu verbessern. Unser Ziel muss es dabei sein, dass so viele junge Menschen wie möglich einen Ausbildungsplatz finden und ihren Beruf später auch mit Freude ausüben.

SPD-Konvent: Kleiner Parteitag - große Wirkung

Am vergangenen Sonntag trafen sich 200 SPD-Delegierte aus ganz Deutschland zum sogenannten Partei-Konvent im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Der Konvent gilt als kleiner Parteitag der SPD. Auf dem Treffen konnten wir uns auf richtungsweisende und wichtige Beschlüsse einigen. Einige möchten wir Euch kurz vorstellen:

- Mit einem neuen Projekt der Solidarität und der solidarischen Modernisierung unseres Landes und Europas wollen wir der wachsenden Verunsicherung in der Gesellschaft entgegentreten. Unsere Leitidee dabei ist: Wirtschaftlicher Erfolg schafft sozialen Fortschritt. Sozialer Fortschritt erhöht den wirtschaftlichen Erfolg. [Hier zum Beschluss](#)

- Zum sozialen Fortschritt gehört auch, dass wir endlich den Skandal beenden müssen, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommen als Männer. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig hat dafür einen hervorragenden Gesetzentwurf vorgelegt, den die Union immer noch blockiert. Wir werden bei der Lohngerechtigkeit nicht locker lassen! [Hier zum Beschluss](#)
- Viele Menschen, gerade in den Ballungsräumen, leiden unter steigenden Mieten. Mit der Mietpreisbremse und mit dem Verbot, Maklerkosten auf Mieter abzuwälzen, hat die SPD in der Bundesregierung wichtige Verbesserungen durchsetzen können. Aber wir wollen mehr. Michael Müller hat gemeinsam mit der Berliner SPD dazu konkrete Vorschläge entwickelt. [Hier geht es zur PK mit Michael Müller](#)

Bei unserem nächsten Partei-Konvent werden wir uns intensiv mit dem Thema Freihandel beschäftigen. Und da werden wir dann auch die Position der SPD zum Abkommen mit Kanada (CETA) festlegen.

Hier finden Sie [alle Beschlüsse](#) des Konvents zum Nachlesen.

Bundespräsident Joachim Gauck: Verzicht auf zweite Amtszeit

Wir bedauern die Entscheidung von Bundespräsident Joachim Gauck, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Gleichzeitig haben wir großen Respekt vor seiner Entscheidung. Bereits 2010 hätten wir Joachim Gauck gern im Amt gesehen, aber die Union setzte Christian Wulff durch. Erst nach dessen Abgang konnte Joachim Gauck 2012 das Amt übernehmen und hat es großartig gemeistert. Unermüdlich wirbt er für Freiheit und Demokratie und ermutigt die Menschen, sich in öffentliche Angelegenheiten als aktive Bürger einzubringen. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Amtszeit ist das Bemühen, Deutschlands Rolle in der Welt neu zu definieren und mehr Verantwortungsbewusstsein einzufordern. Wir sind Joachim Gauck und Daniela Schadt dankbar für ihre aktive, offene und kluge Art, das Amt mit Würde und Gewicht auszufüllen.

Die Nachfolge muss nun in Ruhe und mit dem notwendigen Respekt vor dem Amt geregelt werden. Weder die SPD noch die Union haben eine Mehrheit in der Bundesversammlung. Wir leben in komplizierten Zeiten. Angesichts der Herausforderungen durch die Globalisierung, der Flüchtlingssituation und der Krise Europas muss auch der nächste Bundespräsident oder die nächste Bundespräsidentin den Menschen Orientierung geben und Brücken bauen.

Bedrohung von Abgeordneten

Der gesamte Deutsche Bundestag steht in uneingeschränkter Solidarität hinter den Kolleginnen und Kollegen, die im Zusammenhang mit ihrer Abgeordnetentätigkeit bedroht und unter Druck gesetzt werden, sei es aus rechtsnationalistisch motivierten Gründen oder in Zusammenhang mit der [Armenien-Resolution](#) des Deutschen Bundestages.

Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte am Donnerstag bei der Eröffnung des Plenums, wer demokratisch gewählte Abgeordnete des Deutschen Parlaments angreife, „der greift das ganze Parlament an.“ Scharfe Kritik übte Lammert am türkischen Präsidenten Erdogan, der insbesondere türkischstämmige Abgeordnete in die Nähe von Terroristen gerückt und deren Blut als „verdorben“ bezeichnete. Außerdem, fügte Lammert hinzu, wünsche er sich auch von weiteren großen türkischen Verbänden eine entschiedene Positionierung, wie sie auch in anderen Angelegenheiten schnell und häufig abgegeben würde.

Auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz fand deutliche Worte. In einem Brief an den türkischen Präsidenten mahnt Schulz: "Als Präsident eines multinationalen, multiethnischen und multireligiösen Parlaments gestatten Sie mir folgenden Hinweis: die freie Mandatsausübung von Abgeordneten ist ein entscheidender Grundpfeiler unserer europäischen Demokratien." Dem ist nichts hinzuzufügen. Wer frei gewählte Abgeordnete bedroht und unter Druck setzt, der handelt undemokratisch und muss auch mit Konsequenzen rechnen.

Unser Tipp:

- Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“: Schule ist für den Kinderschutz ein bedeutender Ort. Die Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“, die im August startet, möchte Schulleitungen und Kollegien mit Informationen unterstützen und ermutigen, sich mit diesem komplexen und hoch emotionalen Themenfeld professionell auseinanderzusetzen. Die Website www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de wird ab August auch kostenfrei Materialien für Schulen zur Verfügung stellen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia